

# **WAS BRINGT DIE WAHL 2014 IN BRASILIEN?**

## **ANALYSE VON ACHIM WAHL**

In Brasilien begann die Etappe neoliberaler Politik mit der Regierung von Fernando Collor de Mello Anfang der 1990er Jahre. Zur vollen Entfaltung kam sie in der Zeit zwischen 1994 und 2002 unter der Regierung von Fernando Henrique Cardoso. Privatisierungen und Deregulierung waren Grundlage für eine massive Umverteilung brasilianischen Staatseigentums, das zu 30 Prozent in private Hände überging.

### **Veränderungen im Herrschaftsblock Brasiliens**

Verschiedene Analysen verweisen auf die Tatsache, dass sich eine interne Großbourgeoisie (bei Gramsci findet sich für diese Erscheinung der Begriff «innere Bourgeoisie») herausgebildet hat, die über eine eigene Basis der Kapitalakkumulation verfügt und sich in Konkurrenz zu Teilen des internationalen Finanzkapitals und seiner nationalen Verbündeten befindet. Diese Widersprüche charakterisieren die Risse im bourgeoisen Herrschaftsblock und die Interessengegensätze zwischen dem brasilianischen Finanzkapital, das besonders stark mit dem internationalen Finanzkapital verbunden ist, dem Industriekapital und dem Agrobusiness. Die interne Bourgeoisie verfügt über eigene große international konkurrenzfähige Unternehmen. Der Anteil der internen Bourgeoisie am Wirtschaftsvolumen Brasiliens beläuft sich auf 1,3 Milliarden US-Dollar und erhöhte sich zwischen 2008 und 2009 von 41 auf 44 Prozent. Bezeichnend für die Position der nationalen Bourgeoisie ist ihr relativ hoher politisch-wirtschaftlicher Organisationsgrad. Industrieverbände und Handelskammern sind direkte Interessenvertreter verschiedener Kapitalfraktionen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass es zwei wesentliche Fraktionen im kapitalistischen Machtblock gibt, die unterschiedliche Interessen vertreten. Einerseits ist es das internationale Finanzkapital, mit dem Teile der brasilianischen Bourgeoisie verbunden sind. Diese Fraktion steht für freien Handel, Deregulierung im Finanzsektor, eine Erhöhung der Basiszinssätze, eingeschränkte Investitionen in die Infrastruktur und das Sozialwesen sowie den Aufkauf von Schuldtiteln zur Realisierung erhöhter Gewinnmargen. Sie war bestimmend während der Präsidentschaft von Fernando Henrique Cardoso, musste aber zur Regierungszeit von Luiz Inácio Lula da Silva Machtabstriche in Kauf nehmen. Mit Beginn des Wahljahres 2014 tritt diese Fraktion erneut stärker auf und setzt sich für die Rücknahme von sozialen Programmen ein, die die Regierung von Dilma Rousseff, die Nachfolgerin von Lula, eingeführt hat.

Die andere Fraktion der Bourgeoisie widersetzt sich aufgrund von Eigeninteressen diesen Absichten. Sie fordert, den Außenhandel zu drosseln, mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, die Senkung der hohen Zinsraten und eine strengere Kontrolle des spekulativen externen Kapitals. Für diese Fraktion sind sowohl eine Zusammenarbeit als auch Konflikte mit dem internationalen Kapital typisch. Repräsentiert wird diese Fraktion durch Sektoren der Schiffsbau- und Schwerindustrie sowie durch Teile des Agrobusiness und des Bankensektors, deren Position allerdings sehr ambivalent ist. Zum einen decken sich ihre Interessen mit denen des internationalen Kapitals, andererseits gibt es Befürchtungen, dass dessen Einfluss auf das Bankwesen zu groß werden könnte. Während der Regierungszeit von Lula wurde diese Fraktion hegemonial. Es erfolgte ein Wandel weg vom orthodoxen Neoliberalismus der Ära Cardoso hin zu einem neo-desarrollistischem Modell<sup>1</sup> mit starken Zügen eines Post-Neoliberalismus. Lulas Politik trug mit eher traditionellen Mitteln zu einer makroökonomischen Stabilisierung und Beruhigung internationaler Anleger bei und ermöglichte eine Sozialpolitik zur Bekämpfung der Armut.

---

<sup>1</sup> Beim Desarrollismus (von desarrollo = Entwicklung) handelt es um ein wirtschaftstheoretisches Konzept aus den späten 1950er, frühen 1960er Jahren, das für Länder in Lateinamerika und der Karibik eine staatliche Politik der Importsubstitution vorsah, in Kombination mit einer grundlegenden Landreform und Einkommensumverteilung zugunsten der armen Bevölkerung.

## **An der sozialen Ungleichheit hat sich wenig geändert**

Die Investitionen in die Sozialpolitik seit der Regierungsübernahme von Lula im Jahr 2003, die für Millionen von Menschen in Brasilien eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bedeuteten, waren verglichen mit den Gewinnen und der Vermehrung des Reichtums der obersten Schichten relativ gering. Denn allein 15 der reichsten Familien verfügen über etwa eine Milliarde US-Dollar (270 Milliarden Reais). Das ist doppelt so viel wie das Vermögen von 50 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianern, das nach Angaben des Ministeriums für soziale Entwicklung im letzten Jahrzehnt etwa 500 Millionen US-Dollar (137,3 Milliarden Reais) betrug.

Nicht wenige brasilianische Konzerne – etwa Vale do Rio Doce (eines der größten Bergbauunternehmen der Welt), der Baukonzern Gerdau, JBS (das sich 2007 das US-Unternehmen Swift einverleibte) oder Cosan (Ethanol-Produktion) – erwarben Unternehmen im Ausland oder investierten in diverse wirtschaftliche Kooperationsprojekte. In vielen Fällen erhielten diese Unternehmen direkte finanzielle Unterstützung von einer staatlichen Bank, der Nationalen Bank für ökonomische und soziale Entwicklung (Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social/BNDES). Darin zeigt sich die ganze Widersprüchlichkeit der Entwicklung Brasiliens in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts. Die Konflikte zwischen den benannten Kapitalfraktionen und die Position des internationalen Finanzkapitals bestimmen direkt den Charakter des brasilianischen Kapitalismus.

## **Brasilien und die Fußballweltmeisterschaft**

Brasilien, Ausrichter der Fußballweltmeisterschaft im Jahr 2014, erwies sich als hier als perfektes Beispiel für den globalisierten Kapitalismus. Gewinner dieser WM waren vor allem internationale Konzerne, die FIFA als globalisiertes Sportunternehmen und einige brasilianische Privatfirmen. Erbaut mit finanziellen Hilfen der BNDES, gehören neun der Fußballstadien den Bundesstaaten, die allerdings im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften Verträge abgeschlossen haben, die den Konzessionären Gewinne garantieren, die sie nur zum Teil an den Staat abführen müssen. Drei der Stadien sind mit privaten Geldern erbaut worden. Vor allem die FIFA selbst erhält von den Konzessionären wie Adidas, Coca-Cola, Emirates, Hyundai-Kia Motors, Sony und Visa horrenden Abfindungen. Unter den «Schirmherren» der WM befanden sich auch bedeutende brasilianische Unternehmen wie Apex Brasil oder die Bank Itaú. Der globalisierte Fußballmarkt garantiert große Gewinne, führt aber auch dazu, dass der Fußball immer elitärer wird. So werden die Stadien immer mehr zu Zentren des Konsums ausgebaut, was einen anderen Typ des Zuschauers erfordert. Gewinner dieser WM waren also nicht die Brasilianerinnen und Brasilianer, sondern internationale und einige wenige brasilianische Konzerne.

Im Jahr der Präsidentschaftswahl geriet die Ausrichtung der WM zu einer Bühne für eine Reihe gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Alle Akteure nutzten diese, um vor der Wahl auf sich aufmerksam zu machen und um sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. So boten die Proteste gegen die WM auch die Möglichkeit, die Regierung von Dilma Rousseff und die Politik ihrer Partei, der Partido dos Trabalhadores (PT), zu attackieren. Die Angriffe richteten sich insbesondere gegen den «interventionistischen Staat». Dahinter steht die Absicht, die Löhne und Gehälter der im öffentlichen Sektor Beschäftigten zu senken, weitere Privatisierungen durchzusetzen, den seit der ersten Amtszeit von Lula bestehenden «sozialen Pakt» aufzukündigen und zu einer konservativen neoliberalen Politik zurückzukehren. Dazu werden alle verfügbaren Kräfte mobilisiert. Die Zukunft Brasiliens und insbesondere der Ausgang der jetzigen Wahlen werden maßgeblich sowohl von der Auseinandersetzung zwischen den Kapitalfraktionen als auch von der weiteren Entwicklung der sozialen Kämpfe bestimmt.

## **Mobilisierungen und Massenproteste während des Confederations Cups im Juni 2013**

Die Mobilisierungen und Massenproteste 2013 in Brasilien haben eine umfassende Debatte über deren Bedeutung und Folgen ausgelöst. Umso notwendiger ist es, deren Charakter zu verstehen: Brasilien ist nach diesen Ereignissen nicht mehr das Land, was es vorher war.

Die Massenproteste vom Juni 2013 drückten die große Unzufriedenheit mit dem politischen System aus und der gegenwärtigen Politik, die nicht den Interessen des Volkes entspricht. Die politischen Parteien, so der Vorwurf, repräsentieren nicht die Belange der Bevölkerung, sondern haben sich den Interessen der

Herrschenden untergeordnet. Selbst linke Parteien werden von dieser Kritik nicht ausgenommen. Die bürgerliche Demokratie erscheint vielen als ausgehöhlt. Allerdings, so sollte erwähnt werden, waren es weniger die schlechten Lebensbedingungen, die die Proteste ausgelöst haben. Offensichtlich ist auch, dass einzelne Organisationen allein niemals dazu in der Lage gewesen wären, solche Massen zu mobilisieren.

Millionen von Menschen in Brasilien nahmen den Confederations Cup zum Anlass, um gegen überhöhte Ausgaben für den Bau beziehungsweise den Umbau von Sportstätten und gegen die damit zusammenhängende Vertreibung von Tausenden Bewohnerinnen und Bewohnern auf die Straße zu gehen. Polizeiliche Willkür und Gewalt vervielfachten die Proteste. Die PT-Regierung reagierte ratlos und perplex, von der Opposition regierte Bundesstaaten setzten Polizei und Gewalt gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten ein. Mehrheitlich gehen die Einschätzungen verschiedenster Kräfte davon aus, dass die Veränderungen, die im sozialen Gefüge der brasilianischen Gesellschaft in den letzten Jahren vor sich gegangen sind, ein wesentlicher Faktor zur Erklärung der spontanen und breit unterstützten Mobilisierungen sind. Untersuchungen haben ergeben, dass das Alter von 81 Prozent der Protestierenden bei zwischen 14 und 30 Jahren liegt. 93 Prozent verfügen demnach über eine abgeschlossene Grundausbildung oder eine höhere Ausbildung, 76 Prozent über einen Arbeitsplatz. Die Mehrheit verdient zwischen zwei und fünf Mindestlöhnen, 26 Prozent zwischen fünf und zehn Mindestlöhnen. Dies ist Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der letzten zwölf Jahre, die nicht nur die Lage der arbeitenden Jugend verbessert haben. Mithin trat hier eine Generation vielfach mit abgeschlossenem Studium und hohen Erwartungen an die berufliche Karriere auf, die vom Arbeitsmarkt aber häufig enttäuscht werden.

### **Die Debatte um die Rolle der Mittelklasse**

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen wird in Brasilien eine Diskussion um eine «neue Mittelklasse» geführt, die nicht selten darauf hinausläuft, vom «Aufstieg» prekarierteter Schichten zu schwärmen. In der Tat ist die Mehrheit derjenigen, die unzufrieden sind und sich an den Protesten beteiligten, wie obige Angaben zeigen, lohnabhängig beschäftigt. Das heißt, im Sinne einer linken soziologischen Einordnung sind diese Jugendlichen Teil der werktätigen Schichten, und nicht zuletzt aufgrund des staatlichen Stipendienprogramms Universidade para Todos (Universität für alle) sind sie mehrheitlich auch sehr gut ausgebildet. Die Proteste wurden also zu einem Großteil von Mittelschichten getragen, die in den letzten zehn Jahren unter den PT-Regierungen wenig persönliche Zugewinne verzeichnen konnten. Der geringere Zugewinn an Kaufkraft veranlasste sie, sich an den Mobilisierungen zu beteiligen und sich als oppositionelle Kraft zur Rousseff-Regierung zu formieren.

Mehrheitlich beteiligten sich demzufolge Jugendliche an den Demonstrationen, die die Zeiten des knallharten Neoliberalismus nicht mehr persönlich erfahren haben und daher den Unterschied zur post-neoliberalen Periode nicht wirklich kennen. Ihre Forderungen richteten sich deshalb nicht direkt gegen die Politik der PT-Regierung. Vielmehr bleiben sie im gewissen Sinne diffus. Einige zielen auf bessere Lebensbedingungen und staatliche Leistungen ab. Thema waren vor allem der Zustand des öffentlichen Verkehrssystems in den Großstädten, der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen sowie Umweltfragen. Brasilien hat es mit einer neuen Generation zu tun, die ihre Ansprüche an ein besseres soziales und kulturelles Leben formuliert und auf diesem Wege ihre eigenen Erfahrungen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen macht. Sie steht für die Vertiefung der seit der Regierungsübernahme der PT eingeleiteten Prozesse und für strukturelle Reformen. Gleichzeitig sind die Mobilisierungen ein Signal für die Grenzen des von der PT-Regierung beförderten gegenwärtigen Entwicklungsmodells. In der Auseinandersetzung mit den konservativen Eliten, die weiterreichende soziale und politische Veränderungen ablehnen, kann diese Jugend das dynamische Element sein, um gemeinsam mit emanzipatorischen Kräften einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.

### **Aufschwung der sozialen und der Gewerkschaftsbewegungen**

Einerseits ist man sich in den Debatten über die Juni-Mobilisierungen weitgehend darüber einig, diese seien hauptsächlich von neuen Bewegungen ausgegangen, andererseits steht aber auch fest, dass die traditionellen sozialen Bewegungen aus dem gegenwärtigen Prozess der Mobilisierung nicht ausgeklammert werden können. Die Gewerkschaften reagierten verspätet auf die Ereignisse und riefen erst für den 11. Juli 2013 zu einem «Nationalen Tag des Protestes» auf. Zwar beteiligte sich ein bedeutender

Teil der Arbeiterschaft an Aktionen an diesem Tag, diese konnten aber bei Weitem nicht das Ausmaß der Juni-Proteste erreichen.

Zu den wichtigsten «traditionellen» sozialen Bewegungen in Brasilien zählen das Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST/Bewegung der landlosen Bauern), das Movimento dos Trabalhadores sem Teto (MTST/Bewegung der Obdachlosen), das Movimento dos Atingidos por Barragens (MAB/Bewegung der vom Bau von Staudämmen Betroffenen) sowie das Movimento Passe Livre (MPL/Bewegung für freie Mobilität), das es seit 2006 gibt und das einer der Initiatoren der Juni-Proteste war. Zu verzeichnen ist zudem eine wesentliche Zunahme von Streiks und Arbeiterkämpfen. Fanden 2002, das heißt vor Antritt der Lula-Regierung, noch 298 Streiks statt, so waren es 2013 etwa 900. Besondere Bedeutung erlangten die Kämpfe der Lehrerinnen und Lehrer in Rio de Janeiro, der Angestellten bei der Stadtreinigung in verschiedenen Orten sowie der Omnibusfahrerinnen und -fahrer kurz vor Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft 2014 in São Paulo. Der Lehrerstreik dauerte über drei Monate und richtete sich vor allem gegen die Regierung des Bundesstaates Rio de Janeiro. An ihm beteiligten sich mehrere Zehntausende Menschen. Gestreikt wurde für eine zehnpromzentige Gehaltserhöhung sowie für ein besseres Bildungssystem.

Nach den Protesten während des Confederations Cups stellte sich die Frage, wie sich die verschiedensten Kräfte, darunter auch die von der rechten Opposition unterstützten, auf das Großereignis WM vorbereiten würden. Befürchtet wurden, insbesondere vonseiten der Regierung, Mobilisierungen in einem ähnlichen Umfang wie 2013. Die PT-Regierung, die auf die Juni-Proteste nicht vorbereitet gewesen war und erst spät darauf reagierte, kündigte nun umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der urbanen Infrastruktur sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens an. Gleichzeitig aber traf sie Vorbereitungen, den erwarteten Straßenprotesten mit einem massiven Polizei- und Armeeeinsatz zu begegnen. Gleichfalls unterstützte sie die Forderung nach der Durchführung einer Volksbefragung, die darauf abzielte, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Da die Oppositionsmehrheit im Nationalkongress diese Initiative ablehnte, konnte sich die Regierung damit allerdings nicht durchsetzen. Soziale Bewegungen griffen daraufhin die Forderung auf und führten im September 2014 landesweit eine entsprechende Volksbefragung durch. Maßgeblich daran beteiligt war das Movimento pelos Megaeventos (Bewegung der von Großveranstaltungen Betroffenen), das Anfang Mai in Belo Horizonte zu einem landesweiten Treffen aufrief und sich mit anderen Kräften zum «Volkskomitee gegen die WM» zusammenschloss. Besondere Aktivitäten gingen von der Bewegung der Obdachlosen aus, die im April 2014 in São Paulo rund 200 Aktionen organisierte.

Insgesamt ist die brasilianische Gesellschaft in Bewegung geraten. Immer mehr Kräfte sind aktiv geworden und nehmen sich zum Beispiel wie die MPL systematisch den schlechten Lebensbedingungen und öffentlichen Dienstleistungen in den Großstädten an. Es war auch die MPL, die sich landesweit gegen Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr wehrte und erreichte, dass nach den Juni-Protesten 2013 die Preiserhöhungen zurückgenommen wurden. In ähnlicher Weise kämpften andere Gruppierungen und Bewegungen wie etwa die MTST gegen Immobilienspekulation und verteuerte Mieten.

Verblüffung riefen Zusammentreffen von Jugendlichen aus den städtischen Randgebieten, die sogenannten rolezinhos, hervor. Sie versammelten sich in Supermärkten, an Tankstellen und auf öffentlichen Plätzen, um dort mit Musik und Tanz im Wesentlichen friedlich ihre Freizeit zu verbringen. Die Medien beschrieben diese Zusammenkünfte als Ausdruck der «Kauflust der schwarzen Peripherie». Das vornehmlich «weiße Zentrum», die Mittelklasse, reagierte entsetzt und mit erheblicher Ablehnung. Mit den rolezinhos entstand ein Phänomen, das in gewisser Weise die Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen konterkarierte: Den Jugendlichen ging es nicht um Protest oder die Durchsetzung bestimmter Forderungen, sondern darum, in den Shoppingzentren ihre Präsenz zu zeigen. Anders ausgedrückt: Sie brachten damit den Wunsch nach gesellschaftlicher Inklusion zum Ausdruck.

Das Phänomen rolezinhos veranschaulicht, in welcher Weise sich die brasilianische Gesellschaft sozial verändert hat. Große Teile der verarmten Schichten können nun bedingt am Konsum partizipieren. Die brasilianische Gesellschaft bietet diesen Schichten aber nur wenige Möglichkeiten, sich kulturell und politisch zu betätigen und zu verwirklichen. Die beschriebenen Reaktionen zeigen zudem deutlich, dass die sozialen Gegensätze noch lange nicht überwunden sind. Insgesamt kündigt sich mit diesen Entwicklungen eine neue Phase der sozialen Kämpfe an.

Die Zunahme der Streiks verweist außerdem auf eine Aktivierung von Teilen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger. Mit Einbeziehung vieler Funktionäre in den Staatsapparat allerdings verlor vor allem der Gewerkschaftsdachverband Confederação Unica dos Trabalhadores (CUT) an politischem Gewicht. Seine Funktionäre betrachten sich seitdem mehr als Vertreter der Regierung als der Arbeiterinteressen. Immer wieder stellen sie sich gegen Streiks und die sozialen Forderungen ihrer Mitglieder, auch im Vorfeld und während der Fußballweltmeisterschaft. Dabei richteten sich die Proteste und Mobilisierungen gegen die WM in erster Linie auch gegen die FIFA als der Verkörperung der Kapitalisierung des Fußballsports. Besonders deutlich wurde das nach der eklatanten Niederlage der «Seleção» Brasiliens gegen Deutschland. Von der breiten Öffentlichkeit wurde ein Umdenken im brasilianischen Fußball gefordert. Dieser sollte – wie alle anderen Sportarten auch – nicht zu einer Veranstaltung für die Wohlhabenden verkommen. Zudem haben die vielfältigen Proteste gegen Immobilienspekulationen und Mietsteigerungen sowie Initiativen für eine Kommunalisierung der Verkehrsunternehmen oder des «Rechts auf Stadt» eine klare antikapitalistische Ausrichtung angenommen.

### **Die Probleme der Regierung von Dilma Rousseff und gegenwärtige Konfliktlinien in der brasilianischen Gesellschaft**

Die politische und soziale Situation zum Zeitpunkt der Wahlen 2014 stellt sich äußerst kompliziert dar. Es zeigt sich, dass die «Ruhe» der Lula-Jahre, die gekennzeichnet waren durch den Rückgang sozialer Mobilisierungen, vorbei ist. In Brasilien hat sich zur Bezeichnung des für diese Jahre typischen Politikansatzes der Begriff des lulanismo durchgesetzt. Indem sie einen Teil der sozial Benachteiligten aus der Armut holten, erreichten Lula und seine Partei, die PT, die politische Unterstützung dieser Schichten, ohne sie jedoch politisch organisieren oder dauerhaft einbinden zu können. Eine eklatante Schwäche der PT und ihrer Regierungen bestand und besteht weiterhin darin, den Dialog mit den sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft zu unterschätzen. Zu langsam hat sich bei ihnen die Erkenntnis durchgesetzt, dass deren Mobilisierungen im Sinne einer Vertiefung der eingeleiteten Prozesse verstanden werden müssen und sie in der Auseinandersetzung mit neoliberalen und neokonservativen Kräften genutzt werden können.

Wie schon in der Amtszeit von Lula ist die gegenwärtige Regierung von Dilma Rousseff eine Koalitionsregierung, die meist als mitte-links charakterisiert wird und in der verschiedene linke und liberale Parteien vertreten sind. Das Zustandekommen dieser Regierungen ist einerseits Ergebnis des gesellschaftlichen Widerstands gegen die Auswirkungen der neoliberalen Politik der Vorgängerregierungen, andererseits aber auch Resultat der Auseinandersetzungen und Konflikte, die sich zwischen den einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie abspielen. Mit dem Sieg Lulas 2002 entstand eine Allianz zwischen den linken Kräften, insbesondere der PT und der Kapital-Fraktion, die ein neo-desarrollistisches Programm vertritt. Diese ist äußerst heterogen und in sich widersprüchlich, da sie zeitweilig Kräfte der internen Bourgeoisie und Sektoren des Volkes zusammenführt. Zu diesen zählen sowohl Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter und Teile der Bauernschaft als auch große Teile der marginalisierten Bevölkerung, für die die PT-Regierungen die diversen Sozialprogramme aufgelegt haben. Die Bevölkerungsgruppen, die in den letzten zwölf Jahren einen sozialen Aufstieg erlebten und Lula beziehungsweise Rousseff unterstützen, haben weniger eine Bindung zur PT als Regierungspartei entwickelt als eine persönliche zum ehemaligen Präsidenten beziehungsweise der gegenwärtigen Präsidentin. Ambivalent bleibt das Phänomen des lulanismo vor allem deswegen, weil die Mehrheit dieser Menschen weder sozial noch politisch organisiert ist.

Gegenwärtig hat sich der Konflikt zwischen der neo-desarrollistischen Allianz und dem orthodoxen neoliberalen Lager verschärft. Die neoliberalen Kräfte wollen die Aktivitäten des Staates, der in Brasilien im letzten Jahrzehnt bewusst gestärkt worden ist, wieder einschränken und ihn auf einen Ministaat reduzieren. Gleichzeitig wollen sie die sozialen Programme zurückfahren und nutzen dafür das Argument, dass das wirtschaftliche Wachstum durch diese behindert werde, während die tatsächlich gesunkene Wachstumsrate Brasiliens vor allem auf den Wandel der internationalen Konjunktur zurückzuführen ist. Auch innerhalb der Allianz haben sich die Widersprüche verschärft. Wie schon dargestellt, kam es zu einer neuen starken Streikbewegung. Die Juni-Proteste 2013 sind deutliche Anzeichen für die Grenzen der neo-desarrollistischen Politik. Die neue Lage zwingt dazu, diese Politik zu ändern und die eingeleiteten Veränderungen zu vertiefen.

Um die gegenwärtige Situation zu charakterisieren: Die Rousseff-Regierung steht mit dem Rücken zur Wand und hat große Schwierigkeiten, die hier skizzierten Herausforderungen anzunehmen und die vielen

gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Einerseits wird sie von rechts durch die angestrebte Politik der Restauration, die von Teilen der meist konservativen traditionellen Mittelklasse unterstützt wird, unter Druck gesetzt. Sie kann aber auch nicht den Forderungen der Volkskräfte ausweichen, will sie nicht riskieren, deren Unterstützung zu verlieren. Aber die sozialen Bewegungen leiden darunter, dass es ihnen an einem klaren politischen Programm fehlt. Sie vertreten verschiedene Standpunkte. Die rechte Opposition dagegen hat ein klares Ziel: Gewinn der Wahlen und Rückeroberung der Regierungsgewalt. Die restaurativen Kräfte sind unter diesen Bedingungen in einer vorteilhafteren Lage, da sie mit der Macht der Medien (sechs Familien beherrschen 500 unterschiedliche Medien) und ihren politischen Instrumenten in der Lage sind, die breite Masse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ausdruck dieser breit angelegten Kampagne war die Unterstützung der Bewegung «Die WM wird es nicht geben» (Nao vai ter Copa).

## **Wirtschaftliche Lage**

Die für die Lula-Regierungen vorteilhafte internationale Konjunktur, die hohe Wachstumsraten gewährleistete und den Inlandsmarkt belebte, hat sich gewandelt. Neue Probleme sind entstanden, mit denen heute die Regierung von Dilma Rousseff konfrontiert ist. So wurde sie von der zweiten Etappe der Krise erfasst, gekennzeichnet durch sinkende Rohstoffpreise und eine lange Phase weltwirtschaftlicher Depression. Brasilien verkraftete die Krise 2008/09 relativ gut. Noch 2010 lag das Wirtschaftswachstum bei 7,5 Prozent, 2013 sank es auf 4 Prozent. Für 2014 aber wird ein Wachstum von nur 1,4 Prozent vorausgesagt. Das Außenhandelsbilanzdefizit ist auf etwa 100 Milliarden US-Dollar angewachsen. Mehr Importe haben negative Auswirkungen auf die verarbeitende Industrie, deren Anteil am Export von um gut 20 Prozent zwischen 2003 und 2008 auf 3 Prozent in den Jahren 2009 bis 2012 zurückging. Das Defizit in der Zahlungsbilanz erhöhte sich absolut im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). 2012 lag es bei 78,3 Milliarden US-Dollar, das heißt 3,67 Prozent des BIP. Die Investitionsrate fiel von 19,5 Prozent des BIP auf 18,3 Prozent Ende 2013.

Die Regierung von Dilma Rousseff versuchte durch eine Absenkung des Basiszinssatzes der Zentralbank den Zustrom externen, vor allem spekulativen Kapitals einzudämmen. Dieser Versuch misslang, sodass Brasilien zu hohen Zinssätzen zurückkehrte (sie stiegen von 7,25 Prozent 1999 auf 11 Prozent 2013). Die Überbewertung der nationalen Währung, des Real, wirkt sich negativ auf den Export aus, was eine Verschlechterung in der Außenhandelsbilanz hervorrief. Probleme bereiten der Zahlungsbilanz die hohe Rückführung von Gewinnen ausländischer Unternehmen. 2013 belief sich die diesbezügliche Summe auf etwa 40 Milliarden US-Dollar. Darin liegt eines der strukturellen Probleme, da es keine definitiven Limits für die Gewinnrückführung gibt. Nach Angaben der Zentralbank betrugen die Rückführungen in elf Jahren ganze 240 Milliarden US-Dollar.

Die Reaktionen auf die wirtschaftliche Entwicklung blieben nicht aus. Der Brasilianische Industrieverband (CNI) berichtete im Juli 2014 vom niedrigsten Wert des Vertrauensindex seit 1999. Auch die Zentralbank bestätigte einen Rückgang der ökonomischen Aktivitäten um 0,18 Prozent. Dies zeigte sich auch auf dem Arbeitsmarkt, der anstelle der erwartenden 1,5 Millionen neuen Arbeitsplätze nur 1,1 Millionen verzeichnete. Diese Tendenzen kennzeichnen die Zunahme der wirtschaftlichen Probleme. Nicht fehlen durften die US-amerikanischen Ratingagenturen, die Brasilien auf das Niveau B B B herabstufen. Die Begründung: schlechte externe Zahlungsbilanz, Rückgang ökonomischer Aktivitäten, überbewertete Währung etc. Der Augenblick für die Ratingagenturen ist günstig: Brasilien befindet sich in einem wichtigen Wahljahr, und eine Herabstufung des Landes hat direkte politische Folgen. Die Kontrolle über die Kapitalflüsse wurde entgegen dieser Notwendigkeit durch eine Reduzierung der Zinssätze auf Finanzoperationen erleichtert. Das kann, wenn die US-amerikanische Zentralbank (FED) die Zinssätze erhöht, zu einer Zeitbombe für Brasilien werden.

## **Erfolge, Kritik und Widerstand**

Brasilianische Unternehmen haben starke Einwände gegen die Wirtschaftspolitik von Dilma Rousseff, beurteilen sie als interventionistisch und noch «linker» als die von Lula. Die Zugeständnisse, die die gegenwärtige Regierung machte, sind dem realen Kräfteverhältnis geschuldet. Für die sozialen Bewegungen ist diese Regierung jedoch eine Garantie für gewisse Handlungsspielräume, weswegen sie auch trotz aller Kritik von einem Großteil dieser Bewegungen unterstützt wird. Zu offenkundig sind auch die zahlreichen positiven Ergebnisse ihrer Politik: Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung des Mindestlohnes, Förderung des Wohnungsbaus, Kredite für die bäuerlichen Familienwirtschaften (obwohl

diese im Vergleich zur Unterstützung des Agrobusiness eher gering ausfallen), eine Festlegung von Quoten für Afro-Brasilianer und Indigene für ein Universitätsstudium sowie Unterstützung und Anerkennung der Rechte von Frauen, ethnischen Minderheiten und Andersgeschlechtlichen. Auf der Habenseite der Regierungen von Lula und Rousseff stehen ebenso die über 20 Millionen neu geschaffenen Arbeitsplätze, die allerdings wenig qualifizierte Kräfte erfordern und demzufolge eher gering bezahlt werden.

Die Regierungen von Lula und Rousseff waren beziehungsweise sind jedoch auch von zentrifugalen Tendenzen gekennzeichnet. Soziale Bewegungen wie zum Beispiel die Bewegung der landlosen Bauern (MST) reklamieren den Stillstand in der Agrarreform und bei der Enteignung brachliegenden Landes. Fast vollständig zum Stillstand gekommen ist die verfassungsmäßig festgeschriebene Markierung von Ländereien indigener Völker, die das Agrobusiness verhindert. Proteste gegen diese Praxis werden vor allem vom Indigenen Missionsrat (Conselho Indigenista Missionário/CIMI) angeführt, der auf eine hohe Kindersterblichkeit, Gewalt gegen Indigene, Rassismus und fehlende Unterstützung im Gesundheits- und Bildungswesen hinweist. Ausgeweitet werden im Land große Bergbau- und Staudammprojekte, die zu Vertreibungen der lokalen Bevölkerung führen und deren Proteste hervorrufen. Großunternehmen sind bestrebt, die Lohnkosten zu senken, wobei sie auf den Widerstand der Gewerkschaften treffen.

### **Amtsinhaberin Rousseff und die Wahlen im Oktober 2014**

Wie positioniert sich die Regierung Rousseff inmitten dieser Konflikte und Widersprüche? Ein Ausgangspunkt für die Beurteilung ihrer Position sollte eine Aussage des uruguayischen Intellektuellen und Schriftstellers Eduardo Galeanos sein, die er im Juli dieses Jahres gegenüber der brasilianischen Zeitung Brasil de Fato machte: «Dilma machte viele Fehler, war aber auch sehr erfolgreich. Sie ist die direkte Nachfolge der Regierung Lulas, was nicht schlecht ist. Sie setzte die richtige soziale Politik fort. Allerdings hat sie sich zu sehr mit der Frage der politischen Bündnisse beschäftigt und darüber den Dialog mit der Bevölkerung fast vergessen.» Diese Einschätzung charakterisiert treffend die Ausgangslage für die Wahlen im Oktober: Für die PT und die amtierende Staatschefin ist dies die bisher schwerste Wahl seit 2002.

Besonders öffentlichkeitswirksam waren die Erklärungen der Präsidentin nach der Niederlage des brasilianischen gegen das deutsche WM-Team. Sie zollte dem Sieger Anerkennung und forderte, Fußball müsse auch als professioneller Sport Teil der Demokratisierung des Landes sein. Im Gespräch mit Vertretern von Fußballvereinen äußerte sie darüber hinaus, in einem fußballbegeisterten Land wie Brasilien müsse auch dafür gesorgt werden, dass gute Spieler im Lande bleiben und nicht «exportiert» werden (gegenwärtig spielen um die 5.000 brasilianische Spieler in ausländischen Vereinen). Obgleich es vor und während der WM nicht zu vergleichbaren Massenprotesten wie 2013 kam, bleiben die erhobenen Forderungen gegenüber der Regierung auf dem Tisch. Einschätzungen, wonach sich die Niederlage der Nationalmannschaft auf das Wahlergebnis auswirken wird, sind umstritten. Die einen meinen, die WM sei inzwischen weithin vergessen und andere Probleme beherrschten die Tagesordnung. Andere wiederum sind der Auffassung, dass die Opposition den Ausgang der WM, die vom Organisatorischen her gut verlaufen ist, gegen die Regierung nutzen wird.

Die PT reagierte auf ihrem 14. nationalen Parteitag im Mai 2014 auf diese neue Situation. Die Delegierten sprachen sich für die Durchführung eines Referendums über eine politische Reform, das heißt für die Einberufung einer konstituierenden Versammlung, aus. Diese Reform soll zu einer Neukonstituierung des Staates beitragen. Damit ist eine Verfassungsreform verbunden, die mehr Partizipation der Menschen vorsieht, die Institutionen des Staates demokratisiert und die Stellung der Parteien im gesellschaftlichen System neu definiert (keine Finanzierung der Parteien mehr aus privaten Quellen, Zurückdrängung der Macht der Wirtschaft, Kampf gegen die Korruption).

Inzwischen hat sich in Brasilien eine Bewegung entwickelt, die von sozialen Bewegungen und der Consulta Popular (Initiative zur Befragung der Basis) unterstützt wird, die diese politische Reform als außerordentliche konstituierende Versammlung fordert. In der Gesellschaft wird eine solche von vielen als eine notwendige Voraussetzung für tief gehende und schnelle Veränderungen betrachtet. Die inzwischen vorliegenden Ergebnisse einer von etwa 400 Organisationen und sozialen Bewegungen durchgeführten nicht offiziellen Bürgerbefragung besagen, dass sich 7,5 Millionen Menschen beteiligten und mehrheitlich für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung stimmten. Positiv zu verzeichnen ist, dass sich an dieser Kampagne über 120.000 Aktivistinnen und Aktivisten beteiligten und im Lande 1.800

Volkskomitees gegründet wurden, die weiterhin die Durchführung einer offiziellen Volksbefragung fordern. Bezeichnend ist, dass diese Ergebnisse von allen Medien ignoriert wurden.

Eine politische Reform muss Bestandteil eines Prozesses sein, mit dem das progressive politische Projekt weitergeführt wird und steht deshalb im Zentrum des Wahlkampfes der PT. Die notwendigen Veränderungen müssen über den Rahmen des bislang verfolgten Entwicklungsmodells hinausgehen, dessen Potenzial ausgeschöpft ist und das deshalb ausgeweitet werden muss. Auf dem Parteitag der PT wurde deshalb gefordert, Antworten auf die veränderten Anforderungen der Gesellschaft zu finden und das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft zugunsten einer neuen Hegemonie der progressiven Kräfte zu verschieben.

## **Brasilien im Wahlkampf**

Noch im Juli 2014 besagten Umfragen, Präsidentin Dilma Rousseff könnte mit einer Zustimmung von 36 Prozent im ersten Wahlgang rechnen. Allerdings verwiesen auch schon die ersten Prognosen auf die Möglichkeit eines zweiten Wahlgangs. Anfang August stellte sich die Situation als schwierig, aber dennoch positiv für die PT und ihre Kandidatin dar. Aécio Neves, der Kandidat der wichtigsten Oppositionspartei Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB) und gegenwärtig Senator für Minas Gerais, lag in den Umfragen bei 20 Prozent, Eduardo Campos, Kandidat der Partido Socialista Brasileiro (PSB) und ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Pernambuco, bei zwischen 8 und 9 Prozent.

Campos, ein junger aufstrebender Politiker, dessen Partei PSB zur Linkskoalition der Lula-Regierung gehörte, kam am 13. August dieses Jahres durch einen Flugzeugabsturz ums Leben. (Campos wurde 2004 von Lula zum Minister für Wissenschaft und Technologie berufen. In dieser Eigenschaft erarbeitete er das Raumfahrt- und Nuklearprogramm der Regierung Lula. 2008 wurde er Regierungschef von Pernambuco. 2013 verließ Campos mit der PSB die Regierungskoalition unter der Führung von Rousseff). Nach dem tragischen Tod ihres politischen Partners avancierte Marina Silva zur Präsidentschaftskandidatin der PSB. Damit hatte sich die Situation im Wahlkampf total verändert. Marina Silva war zuvor Mitglied der PT und bis 2008 Ministerin für Umwelt im Kabinett von Lula. Nach ihrer Demission kandidierte sie 2010 für die Partido Verde (Grüne Partei) und erreichte einen Stimmenanteil von 19 Prozent. Ihr Versuch, eine eigene Partei zu gründen, scheiterte. Silva trat 2013 schließlich der PSB von Eduardo Campos bei. Der öffentliche Effekt ihrer Nominierung zur Präsidentschaftskandidatin durch die PSB war enorm. Umfragewerte ergaben eine steigende Zustimmung. Gegenüber Dilma Rousseff holte Marina Silva um zehn Punkte auf. Damit spitzte sich der Wahlkampf eine Weile auf die Auseinandersetzung zwischen Rousseff und Silva zu. Die Kandidatur von Aécio Neves von der PSDB schien aussichtslos zu sein.

Marina Silva trat mit einem Wahlprogramm an die Öffentlichkeit, das eine «neue Politik» verkündete. Im Zentrum steht die Absichtserklärung, Schluss zu machen mit der Spaltung zwischen der PT als Regierungspartei und der PSDB als Oppositionspartei. Mit dem Versuch, die Polarisierung zwischen der PT und der PSDB aufzuheben, will Marina Silva einen «dritten Weg» einschlagen. Das vermittelt den Eindruck, dass sich ein Engel erhoben habe, der dem Land eine neue Versprechung einhauchen möchte», wie ein Kommentator schrieb. Das Programm Marina Silvas beinhaltet:  
weniger Staat und weniger «Interventionismus», unter anderem keine gezielte Förderung der nationalen Industrie mehr und weniger staatliche Regulierungen und Normen für den produktiven Sektor;  
Autonomie der brasilianischen Zentralbank, womit ein freier Währungstausch ohne Intervention der Zentralbank ermöglicht werden soll;  
Beibehaltung der Sozialprogramme, für die 10 Prozent des BIP zur Verfügung stehen sollen;  
Weiterführung der Agrarreform und die Ansiedlung von 850.000 Familien, womit sie auf eine Schwäche der Rousseff-Regierung abzielt, die wenige Fortschritte für die Bauern erreichte.

Außenpolitisch äußert sie sich gegen den weiteren Ausbau des Mercosur (Gemeinsamer Markt Südamerikas) und wendet sich gegen den Bolivarismus der gegenwärtigen Regierung (Bolivarismus bezieht sich auf die Politik von Hugo Chavéz und seine eingeleitete «bolivarische Revolution»).

Analysten stimmen überein, dass das propagierte umfangreiche Programm eine Mischung aus eindeutig neoliberalen Positionen (unter anderem Autonomie der Zentralbank) und der Weiterführung der bisherigen Sozialpolitik darstellt. Gerechnet wird damit, dass viele Menschen mit Silva die ehemalige Ministerin für Umwelt in der Regierung Lulas verbinden. Silva versucht auf widersprüchliche Erwartungen und Interessen



einzugehen, indem sie sich NGOs gegenüber als gegen den Staat gerichtet positioniert und Gemeinsamkeiten mit dem Unternehmerlager betont (zum Beispiel indem sie weniger Regelungen vonseiten der Regierung verspricht). Unterstützt und gefördert wird Marina Silva von der Banco Itaú, der größten Privatbank Brasiliens, die 2014 Gewinne von über 4,2 Milliarden US-Dollar erzielte. Die Schwester des gegenwärtigen Präsidenten der Bank, Neca Setúbal, ist seit 2008 engste Beraterin von Marina Silva, die sie bereits im Wahlkampf 2010 mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützte.

Interessanter Weise wird Marina Silva auch vom ehemaligen Präsidenten Brasiliens Fernando Henrique Cardoso, der von 1994 bis 2002 das Land regierte, unterstützt. Er übernahm es, als Ad-hoc-Minister mit ihr in die USA zu reisen, organisiert von der Bank JP Morgan, um sie dort bekanntzumachen. Marina Silva, erzogen im katholischen Glauben, ist Mitglied der Assembleia de Deus, einer einflussreichen Pfingstkirche mit Millionen von Anhängerinnen und Anhängern. Nach Ansicht von Boaventura de Sousa Santos, Soziologie-Professor an der Universität Coimbra (Portugal) und intimer Kenner Lateinamerikas, erkennen in den letzten Tagen vor der Wahl immer mehr Menschen, dass die konservativen Kräfte mit aller Kraft zurück an die Regierung drängen. Marina Silva vertritt einen konservativen Evangelismus, der im Kongress Brasiliens über eine starke Fraktion verfügt. Boaventura fordert deshalb Rousseff auf, die Menschen darüber aufzuklären, dass das Projekt Marina Silvas ein Zurück zum Konservatismus sowie die Dominanz des Agrobusiness und der Banken bedeuten würde.

Schon seit Längerem tobt der Kampf um Regierungskoalitionen auf der Ebene der Bundesstaaten. Auf dem Konvent der PSDB erklärte ihr Kandidat Aécio Neves vor Kurzem, dass er die Unterstützung der PMDB, also des gegenwärtigen Koalitionspartners der PT, in fünf Bundesstaaten hat. Für Rousseff entstände eine schwierige Situation, wenn die PMDB sich spalten würde. Für die PT kann das nur heißen, alles zu tun, um im neu zu wählenden Nationalkongress selbst die Mehrheit zu gewinnen. Gleichzeitig versucht die PT, in den einzelnen Bundesstaaten Koalitionen zustande zu bringen, die der Arbeiterpartei auf dieser Ebene die Regierungsmacht sichern können.

### **Überraschende Ergebnisse des ersten Wahlganges – Entscheidung wird zwischen der PT und PSDB fallen**

Gleich die Entwicklung der Umfrageergebnisse in den ersten Wochen nach der Kürung von Marina Silva zur Präsidentschaftskandidatin einer Achterbahnfahrt (Silva lag zeitlich fast gleichauf mit Dilma Rousseff, Aécio Neves schien dagegen mit 24 Prozent der Stimmen abgeschlagen zu sein), ergab der Wahlsonntag, der 5. Oktober, ein völlig anderes Bild. Alle Voraussagen wurden über den Haufen geworfen. Dilma Rousseff errang für die PT 41,5 Prozent (43 Millionen) der Stimmen, Aécio Neves erzielte 33,6 Prozent (35 Millionen Stimmen) und Marina Silva lediglich 21,3 Prozent (20 Millionen Stimmen).

Damit wiederholte Marina Silva in etwa ihr Wahlergebnis von 2010 und schied überraschend aus dem Rennen. Programmatisch hatte sich Marina Silva auf konservative Kräfte eingelassen, die angesichts der Umfragewerte für Aécio Neves bereit waren, eine Allianz mit ihr einzugehen, um die PT abzuwählen. In einigen Fragen (Homosexualität, genverändertes Saatgut etc.) verstrickte sie sich in Widersprüche, die am Ende mitverantwortlich für ihre Niederlage waren. Der «dritte Weg», wie Marina Silva ihre «neue Politik» des Aufbrechens der Polarisierung zwischen PT und PSDB deklariert hatte, ist somit gescheitert. Ihr Versuch, Chico Mendes (Umweltaktivist, Mitbegründer der PT im Bundesstaat Acre, mit dem Marina Silva eng zusammenarbeitete, bis er 1988 ermordet wurde) und dessen Auffassungen mit den Interessen des Finanzkapitals, unter anderem denen der Banco Itaú, unter einen Hut zu bringen, konnte nicht gelingen.

Der zweite Wahlgang am 26. Oktober 2014 wird der Konstellation aller Präsidentschaftswahlen seit 2002 folgen: Die Entscheidung über den Wahlsieger fiel immer im zweiten Wahlgang zwischen der PT und der oppositionellen PSDB. Die Polarisierung zwischen PT und PSDB reduziert die kommende Wahl auf die Entscheidung zwischen zwei Modellen. Entweder wird das post-neoliberale Projekt neo-desarrollistischer Prägung der Regierungen Lula und Rousseff weitergeführt oder es erfolgt ein Rückgriff auf die neoliberale Politik der Regierung Fernando Henrique Cardoso durch eine Regierung unter der Führung von Aécio Neves.

Um das Ergebnis des ersten Wahlganges genauer zu analysieren, bei dem auch über zwei Drittel der Sitze im Senat des Nationalkongresses und die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses sowie die Parlamente der Bundesstaaten und deren Gouverneure abgestimmt wurde, sind zunächst einige Fakten zu

berücksichtigen. Das Wahlergebnis für Dilma Rousseff und die PT ist das schlechteste seit 2002 (Lula erreichte 2002 46,4 Prozent und 2006 48,6 Prozent, Rousseff 2010 immerhin noch 46,9 Prozent). Ihre Wählerschaft konzentriert sich vor allem im Norden, im Nordosten und im mittleren Westen des Landes, wo mehrheitlich die Menschen wohnen, die von den diversen Sozialprogrammen profitieren. So erreichte etwa der Kandidat der PSDB Neves im Bundesstaat Pernambuco nur 6 Prozent der Stimmen. Die Wirtschaftsliberalen haben ihre Hochburgen dagegen in den ökonomisch stärker entwickelten Regionen in der Mitte und im Süden Brasiliens. Im Bundesstaat São Paulo stimmten 75 Prozent der Wahlberechtigten für den Kandidaten der PSDB. Das sind zehn Millionen Stimmen für Neves gegen sechs Millionen für die amtierende Präsidentin. Zum vierten Mal wurde Geraldo José Rodrigues de Alckmin Filho (PSDB) im ersten Wahlgang zum Gouverneur des Bundesstaates gewählt. Der PT-Kandidat Alexandre Rocha Santos Padilha erhielt hier in São Paulo nur 10 Prozent der Stimmen. Eine Gesamtbilanz ergibt, dass für die Oppositionsparteien insgesamt 57 Millionen Stimmen abgegeben wurden und dass für die gegenwärtige Regierungskoalition 43 Millionen Menschen stimmten (von insgesamt 143 Millionen Wahlberechtigten).

Die Kandidaten der PT schafften es dagegen in den drei Bundesstaaten Minas Gerais, Bahia und Maranhão, im ersten Wahlgang zum Gouverneur gewählt zu werden. Koalitionspartner der PT siegten in fünf Bundesstaaten. In weiteren acht Bundesstaaten (unter anderem in Rio Grande do Sul) stehen ihre Kandidatinnen und Kandidaten im zweiten Wahlgang, das heißt, dass auch in der Mehrheit der 26 Bundesstaaten Gouverneure der Opposition zum Zuge kommen könnten.

Verschiebungen ergaben sich ebenfalls bei der Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus des Nationalkongresses (mit insgesamt 513 Sitzen) hin zu konservativ ausgerichteten Kräften. Verluste erlitten hier vor allem die PT und ihre Koalitionspartner. Die PT verlor 18 Sitze von vorher 80 Sitzen, die PMDB 5 von vorher 71. Insgesamt hat die gegenwärtige Regierungskoalition nun 53 Sitze weniger. Dagegen konnten die Oppositionsparteien zulegen: Die PSDB von 44 auf 55, die PSB von 24 auf 34 Mandate, sodass die mögliche Koalitionsopposition insgesamt 45 Sitze mehr haben wird als zuvor. Hinzu kommt, dass in den Nationalkongress nun sechs neue Parteien einziehen werden, sodass dort zukünftig 28 vertreten sein werden, wodurch die parlamentarische Landschaft noch unübersichtlicher und fragmentierter wird. Die neu hinzukommenden Parteien vertreten alle ausgesprochen konservative Positionen.

In der Wahl zum Senat des brasilianischen Nationalkongresses – bestehend aus 81 Sitzen, jeweils drei für jeden der 26 Bundesstaaten Brasiliens sowie den Distrito Federal – wurde dieser zu einem Drittel neu besetzt. Fünf der 27 neuen Senatorinnen und Senatoren stellt die PMDB, der Koalitionspartner der PT. Sieben kommen aus der PSDB und anderen Oppositionsparteien, drei aus der PSB (die Partei von Marina Silvas). Die PT, zusammen mit vier Koalitionspartnern, konnte acht der neuen Sitze im Senat besetzen, sodass die PMDB hier mit 19, die PT mit 13 und die PSDB mit zehn Senatorinnen und Senatoren vertreten sein werden. In den Jahren 1994 bis 2002 konnte die PT die Zahl ihrer Mandate im Abgeordnetenhaus und im Senat erheblich erweitern. Jetzt erreichte sie keinen Zuwachs, sodass sich das bisher existierende Gleichgewicht zwischen Regierungskoalition und Opposition zu Ungunsten der Regierung verschoben hat. Beide Legislativorgane werden von nun an stärker von konservativen Kräften bestimmt.

Für die bis zum zweiten Wahlgang am 26. Oktober verbleibende Zeit lässt sich eine zugespitzte Auseinandersetzung vorhersagen, in der es unter anderem darum gehen wird, wohin die Anhängerinnen und Anhänger von Marina Silva tendieren werden oder welche anderen politischen Kräfte bereit sind, Wahlunterstützung zu geben. Marina Silva hat sich für eine Unterstützung von Aécio Neves ausgesprochen, womit sie ihrem postulierten Ziel, die Polarisierung zwischen PT und PSDB beenden zu wollen, widerspricht. Allerdings hat der gegenwärtige Vorsitzende der PSB, Roberto Amaral, schon deutlich gemacht, dass die PSB ihre «Politik nicht vom Rande her betreiben will», was heißt, dass nicht alle Silva-Wählerinnen und -Wähler zur konservativen Opposition überlaufen werden.

Für die regierende Arbeiterpartei ist es an der Zeit, Ursachenforschung zu betreiben und herauszufinden, warum die Wahlergebnisse für sie eher enttäuschend ausgefallen sind. Offensichtlich ist die latente Unzufriedenheit insbesondere der Mittelschichten in den großen Ballungszentren wie São Paulo oder Rio de Janeiro, die ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt sehen und sich von der Anti-PT-Stimmung, die von den Medien verbreitet wird, beeinflussen ließen. Politische Kommentatoren verweisen außerdem auf die fehlende Aufarbeitung der Proteste im Sommer letzten Jahres. Zwei ihrer zentralen Forderungen waren die nach einer politischen Reform und nach der Demokratisierung der Medien. Weder die Regierung Lulas noch die von Rousseff konnten hier entscheidende Veränderungen erreichen. Zu der geforderten

politischen Reform gehört auch, die Praxis der Parteienfinanzierung, die bislang vorwiegend durch private Sponsoren erfolgt, zu ändern. Nach Angaben des Vereins Congresso em Foco (Kongress im Visier) ist die Wahl 2014 bislang die teuerste überhaupt gewesen. Es sind in den letzten Jahren insgesamt 71 Milliarden Reals in die Kassen der politischen Parteien geflossen. Das ist doppelt so viel wie die geschätzten Kosten der Fußballweltmeisterschaft. Von der Mehrheit im Nationalkongress ist eine Reform der Parteienfinanzierung bisher immer ausgebremst worden.

Die PT hat es offensichtlich auch nicht vermocht, den Teil der Jugend anzusprechen, der in den letzten Jahren auf den Arbeitsmarkt drängte. Diese Jugendlichen sind mehrheitlich politisch unerfahren und werden weder von den Gewerkschaften noch von linken politischen Parteien erreicht. Ihre Position gegenüber der PT ist skeptisch und distanziert. Vor allem Teile der Mittelklasse, die sich an den Mobilisierungen im Juni 2013 und an der Bewegung «Não vai ter copa» beteiligten, sind Träger dieser Anti-PT-Stimmung. Wie bereits festgestellt, haben sie wenig von den in den letzten Jahren neu aufgelegten sozialen Programmen profitiert, sehen sich in ihrem Status aber oftmals durch aufsteigende Schichten bedroht (siehe die Reaktionen auf die rolezinhos). Die Wahlergebnisse im Bundesstaat São Paulo sind hierfür ein anschauliches Beispiel. Nicht zuletzt stellt sich für die Arbeiterpartei die Frage nach dem Fortbestand der neo-desarrollistischen Allianz. Fraktionen der Eliten, besonders im Raum São Paulo, sehen sich durch die Wirtschaftspolitik der Rousseff-Regierung eingeschränkt und nehmen Anti-PT-Positionen ein.

Interessant sind auch die Einschätzungen zum Wahlverhalten der Brasilianerinnen und Brasilianer. Obwohl es im Land eine Wahlpflicht gibt, haben von 143 Millionen Wahlberechtigten 27 Millionen nicht an der Wahl teilgenommen. Insgesamt waren es 29 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die ihre Stimme gar nicht abgaben oder ungültig machten. Diese Tendenz der Wahlenthaltung hat sich in den letzten Wahlen verstärkt durchgesetzt. Gewertet wird das als Ausdruck einer bestimmten Frustration in Teilen der Gesellschaft, die ihre Forderungen und Bedürfnisse nicht erfüllt sehen.

### **Entscheidung zwischen Post-Neoliberalismus und neoliberalen Konservatismus**

Eine definitive Aussage zum Ausgang des zweiten Wahlganges ist kaum möglich. Klar ist allerdings, dass die Überwindung des Neoliberalismus und die Durchsetzung eines alternativen politischen Projektes bei dieser Wahl auf dem Spiel stehen. Die offensichtliche Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte, wie sie sich nach dem ersten Wahlgang zeigt, dokumentiert den Grundwiderspruch Brasiliens, vielleicht den in ganz Lateinamerika, zwischen Neoliberalismus und Post-Neoliberalismus. Im Moment steht jedoch fest, dass die progressiven Kräfte, die die erforderlichen sozialen, politischen und demokratischen Reformen in Angriff nehmen könnten sowie eine Antwort auf die Forderungen aus der Gesellschaft geben und den Dialog mit den Kräften des Juni 2013 und sozialen Bewegungen führen könnten, relativ geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgegangen sind. Für diese progressiven Kräfte scheint eine Schlussfolgerung wichtig zu sein: Es steht eine Erneuerung ihrer politischen Beziehungen und Strukturen im Dialog mit der Gesellschaft an. Diese Schwäche, was die Kommunikation mit der Gesellschaft betrifft, führte zum Verlust einer soliden Hegemonie. Besonders die PT als Interessenvertretung der Ausgeschlossenen und sozial Benachteiligten vernachlässigte ihre Beziehungen zur Mittelklasse, in einem Land, das in seiner sozialen Struktur inzwischen mehrheitlich von den Mittelschichten repräsentiert wird. Die PT wird diesem Umstand mehr Rechnung und zudem dafür Sorge tragen müssen, dass sich diese gegenüber den sozial aufstrebenden Schichten nicht als Verlierer sehen.

Vor der politischen und sozialen Linken steht die Aufgabe, die restaurativen und konservativen Bestrebungen deutlich zu machen und politisch anzugreifen und alle Kräfte für die Wiederwahl der PT und ihrer Kandidatin Dilma Rousseff zu sammeln. Realistisch muss eingeschätzt werden, dass die PT sowohl organisatorisch als auch programmatisch schwach aufgestellt ist. Weder Lula noch Rousseff haben es verstanden, die sozialen Veränderungen in politische Stärke umzusetzen. Beunruhigend sind Tendenzen in der Politik der Regierung, den Dialog mit der «Straße» zu unterschätzen. Zudem hat sie sich unfähig gezeigt, die Menschen zu verstehen, die das «Spiel des Kapitalismus» nicht mitmachen wollen.

### **Was spricht für die Weiterführung der PT-Regierung?**

Da sind zunächst einmal die seit 2003 erzielten sozialen Errungenschaften, die die soziale Exklusion minderten, die Ungleichheit verringerten und erste Erfolge im Kampf gegen Armut und Verelendung

erzielten. Da ist darüber hinaus eine andere Außenpolitik, die die regionale Integration (Mercosur, Unasur, Banco del Sur und Südamerikanischer Verteidigungsrat) und den Austausch zwischen Ländern im Globalen Süden priorisierte. Brasilien errang auf diese Weise größeren internationalen Einfluss in einer nun multipolareren Welt.

Als Erfolg ist auch die aktivere Rolle des Staates zu bewerten, ein Faktor, der vor allem die negativen Auswirkungen der Krise 2008/09 milderte. Die öffentlichen Banken wurden gestärkt, womit der Staat einen größeren Einfluss auf die Wirtschaft ausüben konnte. Diese Fortschritte wurden erreicht unter den Bedingungen eines geschwächten Einflusses des Neoliberalismus, ohne allerdings grundlegende Veränderungen der Machtstrukturen durchsetzen zu können. Dies wäre auch die wesentlichste Aufgabe bei einer weiteren demokratischen Transformation der brasilianischen Gesellschaft. Die bisherige Sozialpolitik in ihrer jetzigen Form sind an ihre Grenzen gestoßen. In der nächsten Etappe muss es darum gehen, wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, der Bildung, des öffentlichen Verkehrssystems, der öffentlichen Sicherheit und politischen Kultur zu erzielen. Besondere Aufgabe des Staates ist es, sich den Prozessen der Transformation der Gesellschaft anzunehmen, darunter vor allem eine sozial gestaltete Steuerreform. Dies gilt auch für die weitere Demokratisierung der Gesellschaft und eine stärkere Partizipation der Bevölkerung. Nur solche strukturellen Veränderungen werden eine zweite erfolgreiche Phase der PT-Regierung in Brasilien ermöglichen, nur so können die überkommenen Strukturen der Militärdiktatur und des Neoliberalismus nachhaltig überwunden werden.

Sollte doch noch eine knappe Mehrheit für die PT und ihre Kandidatin Dilma Rousseff zustande kommen, werden ihr komplizierte Auseinandersetzungen mit der Opposition bevorstehen. Wenngleich Brasilien moderat in seiner innenpolitischen und außenpolitischen Positionierung ist, bleibt das Land ein wesentlicher Faktor für die Stabilisierung der Entwicklungen in ganz Lateinamerika. Der Ausgang der Wahl im Oktober wird entscheidenden Einfluss auf den gesamten Kontinent haben.